

Pressemitteilung

DKG zum KHAG-Beschluss des Bundestags

Krankenhäuser kritisieren aufgeschobene Probleme

Berlin, 6. März 2026 – Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) übt Kritik am heute gefassten Beschluss des Bundestags zum Krankenhausreformenpassungsgesetz (KHAG). Insbesondere kritisiert die DKG, dass wichtige Fragen verschoben statt beantwortet werden. Das betrifft insbesondere ungelöste Probleme der Finanzierung. Der DKG-Vorstandsvorsitzende Dr. Gerald Gaß erklärt dazu:

„Mehr als drei Jahre hat sich die deutsche Gesundheitspolitik mit der Krankenhausreform beschäftigt. Doch aus Sicht der Krankenhäuser gilt diesmal leider nicht, dass das, was lange währt, auch gut geworden ist. Immerhin gibt es nun Planungssicherheit. Die Krankenhäuser wissen, welche Anforderungen gestellt sind und können mit den Ländern ihr Leistungsspektrum und ihren Versorgungsauftrag organisieren. Was bleibt ist die wirtschaftliche Unsicherheit. Allen voran wird uns das nach wie vor völlig untaugliche Konzept der Vorhaltefinanzierung beschäftigen, das seinen Weg unverändert aus der Lauterbach-Zeit in den Kompromiss gefunden hat. Das seinerzeit postulierte Ziel, bedarfsnotwendige Krankenhäuser in der Fläche trotz geringer Fallzahlen zu sichern, erfüllt es nicht ansatzweise. Im Gegenteil, die Finanzierung stützt sich weiterhin auf Fallzahlen. Eine auch politisch gewünschte Folge der Krankenhausreform wird sein, dass kleinere Kliniken Patientinnen und Patienten an größere verlieren. Um die Frage, wie sich diese Krankenhäuser, die häufig in ihrer Region die einzigen Versorger sind, nun zukünftig finanzieren sollen, wie weitere Insolvenzen und Schließungen zu verhindern sind, drücken sich die Verantwortlichen leider weiterhin. Schon heute geben die Kommunen jedes Jahr Milliarden aus ihren ohnehin chronisch klammen Kassen aus, um die Defizite ihrer Krankenhäuser auszugleichen. So kann es nicht weitergehen, denn Kommunalfinanzen dienen anderen Zwecken als die Schwächen nicht mehr tauglicher Krankenhaus-Finanzierungskonzepte auszugleichen. Die freigemeinnützigen und konfessionellen Träger, die nicht auf einen solchen Defizitausgleich setzen können, sind Hauptbetroffene der Insolvenzwellen bei den Kliniken. Das ist ein unhaltbarer Zustand. In Sachen Vorhaltefinanzierung und

PRESESTELLE

Joachim **Odenbach**
Telefon +49 30 39801-1020

Holger **Mages**
Telefon +49 30 39801-1022

Dr. Jörn **Wegner**
Telefon +49 30 39801-1023

Rike **Stähler**
Telefon +49 30 39801-1024

Maxi **Schilonka**
Telefon +49 30 39801-1026

SACHBEARBEITUNG
Banu **Öztürk**
Telefon +49 30 39801-1025

ASSISTENZBÜRO
Martin **Ruhland**
Telefon +49 30 39801-1021

E-Mail pressestelle@dkgev.de

Wegelystraße 3
10623 Berlin

[Website](#)
[LinkedIn](#)
[Facebook](#)
[TikTok](#)
[Instagram](#)
[Youtube](#)

Sicherung der auskömmlichen Betriebskostenfinanzierung muss die Politik kurzfristig nachliefern, will sie weitere Schieflagen in der Versorgungslandschaft vermeiden. Unser diesbezüglicher Vorschlag bleibt: bestehende Sicherstellungsmechanismen ausweiten und konsequent anwenden und mittelfristig ein taugliches Konzept der Vorhaltefinanzierung entwickeln. Anders als vielfach versprochen, wird die Krankenhausreform aber kein Geld sparen. Strukturveränderungen reduzieren nicht den Behandlungsbedarf. Ein echtes Sparpaket, von dem am Ende alle Beteiligten profitieren, wäre konsequente Entbürokratisierung und Deregulierung in den Krankenhäusern. Medizinisch und pflegerisch unnötige Dokumentation, Datensammlungen für die Ablage, komplizierte Doppelmeldungen und kleinteilige Personalvorgaben sorgen für eine Bürokratielast, die Pflegekräfte, Ärztinnen und Ärzten mittlerweile drei Stunden täglich von ihrer eigentlichen Arbeit abhält. Bürokratie vernichtet wertvolle Arbeitskraft und hemmt Innovationen. Leider sucht man im Kompromiss zur Krankenhausreform vergeblich auch nur den kleinsten Ansatz von Entbürokratisierung.“

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) ist der Dachverband der Krankenhausträger in Deutschland. Sie vertritt die Interessen der 28 Mitglieder – 16 Landesverbände und 12 Spitzenverbände – in der Bundes- und EU-Politik und nimmt ihr gesetzlich übertragene Aufgaben wahr. Die 1.841 Krankenhäuser versorgen jährlich 17,5 Millionen stationäre Patienten und rund 24 Millionen ambulante Behandlungsfälle mit 1,4 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (2023). Bei 150 Milliarden Euro Jahresumsatz in deutschen Krankenhäusern handelt die DKG für einen maßgeblichen Wirtschaftsfaktor im Gesundheitswesen.

